

Niederschrift über die Sitzung
am 20.04.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, 2. Etage, Rochdale-Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

Frau Biermann
Frau Pohlreich

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage
Herr Remmo

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends
Frau Argyriadou
Herr Citak
Herr Düger
Frau Düsün
Herr Gügen
Herr Koyun
Herr Mazaca
Herr Sever
Herr Sezen
Herr Tas
Herr Tasar
Frau Xavier

Von der Verwaltung

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister
Frau Wemhöner, Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Grewe, Ausländerbeauftragte
Frau Rennings, Interkulturelles Büro
Herr Markus, Amt für Planung und Finanzen, Jugend, Soziales, Wohnen
Herr Schmidt, Leiter des Bürgeramtes

Herr Feix, Amt für Schule und städtische Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen
Herr Quermann, Leiter der Ausländerbehörde

Entschuldigt fehlen

Herr Önder
Frau Cascante
Herr Rüter
Herr Tsapos
Herr Erarslan

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen seitens Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 23.02.05 und 16.03.05

Beschluss:

Die Niederschriften über die Sitzungen am 23.02.05 und 16.03.05 werden genehmigt.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Tas macht auf Veranstaltungen aufmerksam, die Rahmen des 12-jährigen Bestehens der Alevitischen Gemeinde am 07.05.05 und 08.05.05 stattfinden. Alle Mitglieder seien herzlich eingeladen.

- Herr Sever informiert den Migrationsrat über den Stand der Arbeit der „Arbeitsgruppe Bildung“. Die bildungspolitischen Maßnahmen, die aus Sicht der Arbeitsgruppe umgesetzt werden müssten, werden als Beschlussvorschläge in der nächsten Sitzung eingebracht.

- Frau Grewe stellt den Mitgliedern Frau Rennings, Mitarbeiterin im Interkulturellen Büro, vor. Frau Rennings ist stellvertretende Schriftführerin.

- Der neue Leiter des Bürgeramtes Herr Schmidt stellt sich dem Migrationsrat vor. Er war von 1993 bis zum Jahr 1996 Leiter der zentralen Ausländerbehörde (ZAB). Die Ausländerabteilung untersteht auch seiner Zuständigkeit.

- Herr Quermann teilt mit, dass bezüglich des Doppelpasses 1900 Personen angeschrieben wurden. Es haben sich bis zum heutigen Tag 1421 Personen zurückgemeldet. 64 Personen haben sich in diesem Rahmen selbst angezeigt. Die Neuerteilung einer Aufenthaltsgenehmigung werde wohlwollend geprüft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden zunächst dabei keine entscheidende Rolle spielen. Auf die Frage, ob ein zweites Schreiben geschickt wird, erklärt Herr Quermann, dass dieses momentan nicht vorgesehen sei.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

Zu Punkt 4 Anfragen

Frau Vorsitzende Argyriadou thematisiert eine Anfrage bzw. Antrag von Herrn Mazaca, der dem Vorstand vorliegt. Da der Antrag den Mitgliedern nicht bekannt sei, werde er in der nächsten Sitzung thematisiert. Der Antrag lautet wie folgt:

Der Migrationsrat möge in seiner Sitzung folgenden Beschluss fassen:

„Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden eine Anlaufstelle (Antidiskriminierungsstelle) für Migrantinnen und Migranten einzurichten, die von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind.“

Begründung:

Erfahrungen der Fachdienste und Migrantenvertreter/innen deuten darauf hin, dass Migrantinnen und Migranten im Alltag vielfältigen Ungleichbehandlungen ausgesetzt sind, ihr Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, Teilhabe und Partizipation erschwert sind. Beispiele dafür sind:

- Zutrittsverbote für Jugendliche zu Diskotheken, Gaststätten und Fitnesscentern
- Schüler/innen belegen, dass deutsche Schüler/innen - auch mit geringeren Leistungen - bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen z.B. in Banken oder Sparkassen bevorzugt werden
- Benachteiligungen bei Vertragsabschlüssen (Versicherungen)
- Geringere Chancen bei der Wohnungssuche

Um diesen Ungleichbehandlungen wirksam entgegenzutreten zu können, ist insbesondere eine Unterstützung im Einzelfall notwendig, durch die dann eine Signalwirkung für ähnliche Situationen erreicht werden kann.

Zu diesem Zweck ist eine Anlaufstelle für Benachteiligungen aufgrund der Herkunft notwendig.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

Zu Punkt 5 Berichte aus den Ausschüssen

- Frau Acar-Gökce berichtet über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. In der Sitzung wurde über den Stand der Arbeit von ArbeitsPlus berichtet.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

Zu Punkt 6 Maßnahmen zur schulischen Integration

Herr Feix stellt die schulischen Integrationsmaßnahmen vor und weist auf die Anlagen, die dem Protokoll beigelegt sind.

Für Maßnahmen zur schulischen Integration von Migranten/-innen standen im Jahr 2004 ca. 106.000 € zur Verfügung.
Die Bewirtschaftung erfolgte durch das Amt für Schule und städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen in 2 Haushaltsstellen:

1. Haushaltsstelle 1. 2952.581000.6
Ansatz 2004: 99.575 €

Schulische Integrationshilfen sollen die Eingliederung insbesondere von Aussiedler- und Ausländerkindern in den Schulalltag erleichtern, deutsche Kinder können auch betreut werden. Die Hilfen gliedern sich in:

- *Unterrichtsbegleitende Hilfen für Aussiedler- und Ausländerkinder.*
Diese Maßnahmen werden nach dem Unterricht überwiegend in den Nachmittagsstunden in der Schule durchgeführt. Neben der Beaufsichtigung bei den Hausaufgaben wird den Kindern eine Eingliederungshilfe durch Lernspiele angeboten.
- *Hausaufgabenhilfen*
Hausaufgabenhilfen beschränken sich auf die Betreuung von Schülern, die nachmittags im Schulgebäude ihre Hausaufgaben erledigen.
- *Spielpädagogische Betreuung von Kindern während der Unterrichtsstunden*

Ein paar Details zum Angebot:

Die schulischen Integrationshilfen wurden in 2004 in 38 Grundschulen
9 Hauptschulen
4 Sonderschulen
3 Realschulen
2 Gymnasien

durchgeführt.

Insgesamt nahmen 2.170 Schüler an den Angeboten teil.

Sie wurden in 165 Gruppen betreut.

Ca. 11.900 Betreuungsstunden wurden genehmigt,

davon ca. 7.200 Stunden in Grundschulen,

3.000 Stunden in Hauptschulen,

550 Stunden in Sonderschulen,

950 Stunden in Realschulen,

200 Stunden in Gymnasien.

Das Stundenvolumen je Gruppe ist abhängig vom individuellen Bedarf, es variiert von ca. 24 Stunden/Jahr /Gruppe bis 330 Stunden/Jahr / Gruppe

(s. hierzu auch Anlage 1).

2. Verschiedene Haushaltstellen in den UA 2001/2952

Budget 2004: 6.954 €

Die Bewirtschaftung obliegt direkt der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen).

Die Angebote der RAA wurden in 2004 in 3 Hauptschulen und 2 Grundschulen realisiert und zwar in Form von Sprachförderkursen durch Honorarkräfte in enger Zusammenarbeit mit den Schulen.

Insgesamt wurden ca. 35 Schüler in Sprachförderkursen betreut.

Das Kursangebot findet integriert während der Unterrichtszeit in Kleingruppen statt und orientiert sich am Unterrichtsstoff

(s. hierzu auch Anlage 2).

Daneben unterstützt die RAA ein Sprachprojekt der Universität Bielefeld, in dem SchülerInnen nichtdeutscher Herkunft 1 – 3 mal pro Woche von Lehramtsstudenten/innen des Fachs „Deutsch als Fremdsprache“ in verschiedenen Fächern unterrichtet werden.

In den letzten Jahren sind immer häufiger Kinder und Jugendliche aus Krisengebieten zugezogen, die in ihren Heimatländern kaum bzw. in einigen Fällen auch keine Schule besucht haben. Vielfach besitzen sie in keiner Sprache Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Integration dieser Schüler/-innen insbesondere in der Sekundarstufe 1 ohne diese grundlegenden Schlüsselqualifikationen ist erschwert. Auch hier versucht die RAA in Kooperation mit der Lutherschule durch besondere Fördermaßnahmen Hilfestellung zu geben. Von den drei Auffang-/Förderklassen wurde eine als Alphabetisierungsklasse eingerichtet.

Frau Adilovic-Berends erklärt, dass Sie die öffentliche Wahrnehmung der RAA vermiße. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass viele von der Existenz der RAA nicht wissen.

Herr Sever will wissen, ob es in der Gruppenarbeit und den Angeboten in diesem Bereich Qualitätsstandards gibt.

Herr Feix erwähnt das Vorhandensein individueller Förderprogramme.

Er regt an, die gestellten Fragen ausführlich mit der RAA zu bespre-

chen.

Frau Rathsmann-Kronshage regt an, bei solchen wichtigen Themenkomplexen eine Informationsvorlage zu erstellen. Die Mitglieder könnten sich ansonsten nicht effektiv vorbereiten und zur Problemlösung beitragen.

Frau Vorsitzende Argyriadou bedankt sich für die Ausführungen.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

Zu Punkt 7 Erläuterungen zum Haushaltsplan 2005

Frau Wemhöner erläutert zunächst an Hand der Informationsvorlage, die den Mitgliedern vorliegt, den städtischen Gesamthaushalt. In Bielefeld gelte seit 2001 im Rahmen eines Haushaltssicherungskonzeptes das Nothaushaltsrecht. Der Haushalt der Stadt weise angesichts der sinkenden Einnahmen und rapid zunehmenden Ausgaben ein großes Defizit auf, so dass dieser durch die Bezirksregierung nicht genehmigt werde. Das Nothaushaltsrecht gelte, wenn kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorliege und die Haushaltsatzung keine Rechtskraft erlange. In diesem rechtlichen Rahmen dürfe die Stadt nur Ausgaben leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet und die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar seien. Dies habe die Folge, dass die Neuausgaben für freiwillige Leistungen oder für die Ausweitung von bisherigen freiwilligen Leistungen unzulässig seien.

Frau Vorsitzende Argyriadou dankt Frau Wemhöner für die ausführliche und überschaubare Erläuterung zur Aufstellung des Haushaltes. Anschließend fragt Herr Düger ob durch die Hartz IV - Reform eine Entlastung für den Haushalt erfolgt sei. Frau Wemhöner erklärt, dass die Reform des Arbeitsmarktes eine Entlastung des Haushalts in Höhe von ca. 9 Mio. bewirke. Frau Adilovic-Berends und Herrn Tas fragen, inwiefern die momentane Wohnsituation von ALG II- Beziehern/innen gesichert sei. Denn es würde einigen Empfängern nahegelegt, einen Wohnungswechsel anzustreben weil die jetzige Miete zu hoch sei.

Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass dieses in der Sitzung des SGA thematisiert wurde. Es würden bis heute keine Menschen gezwungen, die Wohnung zu wechseln. In diesem Zusammenhang werde auch im SGA regelmäßig Bericht erstattet. Die Bemessung der Miete müsse von der Kommune neu vorgenommen werden, falls sich Veränderungen ergeben.

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Zu Punkt 8

Beratung des Haushaltsbudgets einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes für das Interkulturelle Büro

Frau Grewe erläutert an Hand der Beschlussvorlage die einzelnen Ansätze des Interkulturellen Büros. Die Verringerung des Ansatzes gegenüber 2004 sei auf das Haushaltssicherungskonzept zurückzuführen. Eine Kürzung in Höhe von 5 Prozent musste aus diesem Grund auch bei den Zuschüssen an Vereine und Verbände vorgenommen werden.

Herr Mazaca und Herr Tas fragen nach dem Verbleib der restlichen Mittel für Vereinsförderung aus dem Vorjahr. Frau Grewe erklärt, dass restliche Mittel nicht auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden können.

Auf die Anfrage von Frau Adilovic-Berends warum IBZ und AWO unterschiedliche Zuschüsse erhalten, antwortet Frau Grewe dass beide Einrichtungen unterschiedlich finanziert werden. Das IBZ erhalte weitere städtische Zuschüsse und es habe auch unterschiedliche historische Entwicklungen beider Einrichtungen gegeben.

Beschluss:

1. Der Migrationsrat nimmt das Budget 2005 für das Interkulturelle Büro auf der Grundlage des am 17.03.2005 in den Rat eingebrachten Haushaltsplanentwurfes 2005 zur Kenntnis.
2. Die HSK-Maßnahme gilt wie beschlossen unverändert fort.

-bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache 2009/812 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Beratung des Stellenplanentwurfes 2005 für das Interkulturelle Büro

Frau Grewe erläutert den Stellenplanentwurf des Interkulturellen Büros. Im Stellenplan haben sich keine Veränderungen ergeben.

Herr Tas moniert die geringe personelle Besetzung des Büros.

Er appelliere an die Politik, angesichts des zunehmenden Beratungsbedarfes die Stellenanteile in diesem Bereich zu erhöhen.

Beschluss:

Der Migrationsrat nimmt den Stellenplanentwurf 2005 für das Interkulturelle Büro zu Kenntnis.

-bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen-

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache 2009/816 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Dezernat 2

**Beratung des Haushaltsbudgets 2005 einschließlich Haushalts-
sicherungskonzept für das Amt für Schule und städtische Kinder-
und Jugendhilfeeinrichtungen**

Herr Feix erläutert die Haushaltspositionen, die sich der Zielgruppe von Migranten zuordnen lassen. Danach erhält die Griechische Schule eine jährliche Mietsubvention in Höhe von 77.912 €. Für vorschulische Sprachkurse werden 76.700 € zur Verfügung gestellt. Neben der Unterhaltung der RAA wird für pädagogische Projekte bzw. Sachkosten ein Betrag in Höhe von 35.026,- € in den Haushaltsentwurf 2005 eingestellt. Darüberhinaus steht für schulische Integrationshilfen ein Betrag in Höhe von 92.040 € zur Verfügung.

Frau Vorsitzende Argyriadou dankt Herrn Feix für die überschaubare Darstellung der migrantenspezifischen Ansätze.

Beschluss:

Der Migrationsrat nimmt die migrantenspezifischen Haushaltspositionen des Amtes 400.2 zur Kenntnis.

-bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen-

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 10 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 11

Haushaltsplan 2005 für das Dezernat 5

Herr Markus geht ausführlich auf die einzelnen migrantenrelevanten Haushaltspositionen im Haushaltsplanentwurf für das Dezernat 5 ein und beantwortet an Hand der Vorlage, die den Mitgliedern vorliegt, die Fragen der Mitglieder. Er weist darauf hin, dass zwei Anträge (vom Jugendtreff Pia und von der Psychologischen Frauenberatung) auf Aufstockung der finanziellen Unterstützung seitens der Kommune vorliegen. Die Anträge seien den Unterlagen beigelegt.

Frau Adilovic-Berends und Herr Tas unterstreichen den Wunsch des Migrationsrates, Anträge, die im Kontext Integration gestellt werden, in der vorhergehenden Sitzung zu behandeln. Der Migrationsrat müsse über migrationsspezifische Projekte und Anträge rechtzeitig informiert werden. Ferner verlangt Frau Adilovic-Berends die Berücksichtigung der Migrantenselbstorganisationen in bei der öffentlichen Förderung. Diese böten den Migranten wichtige bzw. gleichwertige Dienste an.

Frau Rathsmann-Kronshage betont, dass keine neuen Anträge vorliegen, die dem Migrationsrat vorenthalten wurden. Die Diskussion über die Leistungsverträge werde demnächst erfolgen, so dass der Migrationsrat die Möglichkeit habe sich einzubringen.

In diesem Zusammenhang appelliert Herr Sever an die Politik und Verwaltung die Förderung im Bereich der Integration langfristig zu sichern. Ferner plädiere er dafür die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen finanziell zu unterstützen.

Vor der Abstimmung erklärt Frau Pohlreich, dass sie sich der Stimme bei der Haushaltsposition „Förderung interkultureller Frauenprojekte“ enthalten werde.

Beschluss:

Der Migrationsrat nimmt den Haushaltsplan für das Dezernat 5 - hier Zielgruppe Migrantinnen und Migranten- zur Kenntnis.

-bei 6 Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen-

* Migrationsrat - 20.04.2005 - öffentlich - TOP 11 - Drucksache *

(Vorsitzende)

(Schriftführer)